

# LANDTAG INTERN

## INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

51. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 8 · 13. Oktober 2020

### Braunkohle

Um die Zukunft des Rheinischen Reviers ging es in einer Unterrichtung der Landesregierung. Hintergrund der sogenannten Leitentscheidung ist der geplante Ausstieg aus der Kohleverstromung. S. 3

### Haushalt 2021

Der Landtag hat in erster Lesung über den Entwurf für den Haushalt 2021 beraten. Die Pläne sehen auch eine Fortführung des Rettungsschirms vor, um die Folgen der Corona-Pandemie abzufedern. S. 4-5

### Aktuelle Stunde

In einer Aktuellen Stunde haben die Abgeordneten über rassistische und rechtsextreme Tendenzen bei den Sicherheitsbehörden debattiert. Anlass waren aktuelle Fälle in Nordrhein-Westfalen. S. 8

### Corona

Die Coronakrise stand im Fokus einer Podiumsdiskussion, die von Landtag und Düsseldorfer Universität veranstaltet wurde. Schwerpunkt waren Interessen der Wirtschaft und der Gesundheitsschutz. S. 9



## Verletzlich Konzepte für den Kinderschutz

# INHALT



Foto: Schälte

## Konzepte für den Kinderschutz

<u>Anhörung: Bekämpfung von sexualisierter Gewalt</u> .....	S. 11
<u>Standpunkte</u> .....	S. 12

## Aus dem Plenum

<u>Pläne für das Rheinische Revier</u> .....	S. 3
--	------

<u>Haushalt im Zeichen von Corona</u> .....	S. 4
---	------

<u>Meldungen</u> .....	S. 6
------------------------	------

<u>Kampf gegen Vorurteile und Hetze</u> .....	S. 8
---	------

## Forum

<u>Optimismus in der Coronakrise</u> .....	S. 9
--	------

## Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

<u>Gesetzgebung</u> .....	S. 10
---------------------------	-------

## Forum

<u>Der Empfangsraum, die gute Stube des Landtags</u> .....	S. 14
--	-------

<u>Aus den Fraktionen</u> .....	S. 16
---------------------------------	-------

<u>Aus den Ausschüssen</u>	
<u>Meldungen</u> .....	S. 18

## Im Porträt

<u>Gabriele Hammelrath (SPD)</u> ...	S. 19
--------------------------------------	-------

<u>Kurz notiert</u> .....	S. 20
---------------------------	-------

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (red):** Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2309 (bs), [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jennifer Hüttenhölcher (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 9. Oktober 2020, 10 Uhr  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:** reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)



# Pläne für das Rheinische Revier

## Landesregierung stellt Entwurf für Leitentscheidung vor

8. Oktober 2020 – Die Landesregierung hat den Entwurf ihrer Leitentscheidung für das Rheinische Revier vorgestellt. Die Leitentscheidung ist die gesetzliche Grundlage für den Braunkohleabbau in Nordrhein-Westfalen. Hintergrund der Pläne ist die Grundsatzentscheidung, dass Deutschland bis spätestens 2038 aus der Kohleverstromung aussteigt.

Die Unterrichtung trug den Titel „Neue Perspektiven für das Rheinische Revier“. Wirtschaftsminister **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP) nannte die Leitentscheidung einen wichtigen Grundstein für eine erfolgreiche Zukunft der Region. Der Strukturwandel biete Chancen für das Rheinische Revier und das ganze Land. Laut Pinkwart bleiben der Hambacher Forst und die Ortschaft Morschenich erhalten. Die Umsiedlung der Erkelenzer Ortschaften Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich sowie Berverath werde fortgesetzt. Der Kohleabbau in Garzweiler II solle aber zunächst in bereits weitgehend unbewohnten Ortschaften im Süden erfolgen. Auf diese Weise würden einige Jahre Zeit für sozialverträgliche „gute Lösungen“ gewonnen.

Das Ziel müsse sein, die Menschen im Revier zu Gewinnern der Energiewende zu machen, sagte **Stefan Kämmerling** (SPD). Es gehe nicht um „Aussteigen, Abschalten und Zumachen“, sondern um „Einsteigen, Aufbrechen, Loslegen“. NRW müsse zum Vorreiter einer gesicherten, bezahlbaren und erneuerbaren Energieversorgung werden. Kämmerling kritisierte einige Punkte der Leitentscheidung. Sie enthalte aber insgesamt „eine Menge Richtiges“. Kritik äußerte er am Verfahren. Der Landtag sei über den Entwurf am Vortag erst mehr als drei Stunden nach ersten Berichten von Medien informiert worden. Das Parlament sei „vorgeführt“ worden.

**Romina Plonsker** (CDU) bezeichnete die Leitentscheidung als „weiteren Schritt in eine erfolgreiche Zukunft des Rheinischen Reviers“. Es sei geschafft, was viele Gruppierungen und Personen „seit Jahren konterkarieren“, sagte Plonsker: „Wir sind auf dem Weg zur Planungssicherheit für Kommunen, Unternehmen, Beschäftigte und Anwohnerinnen und Anwohner. Die rational-sachliche Entscheidung beim Strukturwandel ist für uns als NRW-Koalition wichtiger als purer Aktionismus und bisweilen Populismus.“ Viele Tonnen Kohle und CO<sub>2</sub> blieben in der Erde. „Und das ist die wichtige Botschaft, die heute von dieser Leitentscheidung ausgeht.“

### „Entwurf überarbeiten“

„Diese Leitentscheidung hat ihren Namen nicht verdient, denn sie leitet nicht und sie entscheidet auch nicht“, kritisierte **Wibke Brems** (Grüne). Die Landesregierung drücke sich vor einer klaren Entscheidung, wie es für Menschen in betroffenen Dörfern weitergehe, sie betreibe ein „Herumgerede“ und erfülle lediglich den „Wunschzettel von RWE“. Die Vorgaben der Landesregierung zur Zukunft der Dörfer seien

zudem widersprüchlich. „So darf diese Leitentscheidung nicht bleiben“, sagte Brems. Die Landesregierung müsse ihren Entwurf überarbeiten, unabhängige Gutachten in Auftrag geben und Klarheit für alle Beteiligten schaffen.

„Diese Landesregierung nimmt die Leute mit“, hielt **Ralph Bombis** (FDP) dagegen. Die Leitentscheidung sei ein „wichtiger Baustein“ für den Ausstieg aus der Braunkohle. Er sprach von einer historischen und konsequenten Entscheidung. Sie schaffe Planungs- und Rechtssicherheit. Darüber hinaus biete sie Zukunftsperspektiven für die Menschen im Rheinischen Revier und in NRW. Sie verbinde den Klimaschutz mit dem Gedanken der Versorgungssicherheit für die Menschen und die Wirtschaft im Land. Dies sei entscheidend für die Energiewende. Die Landesregierung schaffe zudem die Grundlage dafür, dass der Hambacher Forst erhalten werden könne.

„Erst kam die erzwungene Abschaltung der Kraftwerke, jetzt die geplante Vernichtung des Tagesbaus“, sagte **Christian Loose** (AfD). Zum Erhalt des Hambacher Forsts sagte er: „Die Gewalt hat sich durchgesetzt.“ Der Abgeordnete sprach im Zusammenhang mit der Besetzung des Hambacher Forsts von „Kriminellen“. Sie hätten nun eine „Bleibegarantie der Laschet-Regierung“. Mit Blick auf die Klimaschutzdebatte sagte Loose: Jede Tonne CO<sub>2</sub>, die durch das Abschalten von Kohlekraftwerken gespart werden könne, werde wegen des Zertifikatehandels in der Europäischen Union „woanders in die Luft gepustet“. *wib, tob, zab*

Foto: RAG

# Haushalt im Zeichen von Corona –

7. Oktober 2020 – In erster Lesung hat der Landtag über den Haushaltsentwurf der Landesregierung für das kommende Jahr beraten. Angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie soll zudem der im März beschlossene NRW-Rettungsschirm fortgeführt werden. In der Generaldebatte berieten die Abgeordneten kontrovers über den Entwurf ([17/11100](#)) und dessen Schwerpunkte.

Finanzminister **Lutz Lienenkämper** (CDU) betonte, Nordrhein-Westfalen sei in der Corona-Pandemie jederzeit handlungsfähig. Die 2017 von CDU und FDP eingeleitete neue Haushaltspolitik habe den Krisentest bestanden, der Haushalt bleibe stabil. Die Landesregierung trenne transparent die coronabedingten Ausgaben von den übrigen. Der über Kredite finanzierte NRW-Rettungsschirm solle verlängert werden, um weiter auf die Herausforderungen der Pandemie reagieren zu können. Der reguläre Haushalt bleibe dagegen ohne neue Schulden. Zugleich steigere die Landesregierung die Investitionsausgaben. Schwerpunkte seien u. a. die Innere Sicherheit, Bildung und die Digitalisierung. Für 2023 plane er die Rückkehr zur haushaltspolitischen Normalität. Ab 2024 sollten die für den Rettungsschirm aufgenommenen Kredite getilgt werden.



Fotos: Schälte

Thomas Kutschaty (SPD)

Bodo Löttgen (CDU)

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty** kritisierte, die Landesregierung lasse mit ihrem Haushaltsentwurf die Kommunen „brutal im Regen stehen“, obwohl diese durch die Corona-Pandemie erhebliche Mehrausgaben hätten und 11 Milliarden Euro aus dem NRW-Rettungsschirm noch nicht verplant seien. Finanzminister Lienenkämper „fabuliere“ von einem nahezu schuldenfreien Haushalt. Das Gegenteil sei der Fall: Die Landesregierung plane mit 6,1 Milliarden Euro die höchste Neuver-

schuldung seit dem Jahr 2009. Das Geld komme allerdings nicht bei denen an, die es wirklich brauchten. Zudem blieben zahlreiche Stellen in Schulen, Kitas und bei der Polizei unbesetzt – anders als in der Staatskanzlei, deren Ausgaben sich in den vergangenen fünf Jahren verdreifacht hätten. Der Entwurf lasse erkennen, dass die Landesregierung „plan- und hilflos“ agiere.

CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen** wies Kutschatys Kritik als „Kleinkariertes in neuer Satzstellung“ zurück. Dessen Rede habe „aus Versatzstücken älterer Beiträge“ bestanden. Der von der Landesregierung vorgelegte Haushalt sei vielmehr ein „Garant für stabile Verhältnisse in unserem Land“. Er zeige Transparenz, Verlässlichkeit und Vorsorge. „Dieser Haushalt bietet der Corona-Pandemie die Stirn“, sagte Löttgen. Es handle sich um einen „Haushalt mit Perspektive“. Der NRW-Rettungsschirm zur Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie bleibe bis 2022 „aufgespannt“, für

Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU)



# Landtag debattiert Etatentwurf für 2021



Mehrdad Mostofizadeh (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

Markus Wagner (AfD)

2023 sehe die mittelfristige Finanzplanung einen Etat ohne Entnahmen aus dem Rettungsschirm vor. Und für 2024 sei ein Überschuss von 200 Millionen Euro vorgesehen. Dieses Geld solle zur Tilgung von Krediten verwendet werden.

## „Keine Perspektiven“

**Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne) sprach von zwei Krisen, die bewältigt werden müssten: die Coronakrise und die Klimakrise. Für beides biete der Haushaltsentwurf 2021 keine Perspektiven. Er betonte: „Das Land Nordrhein-Westfalen hat mehr verdient.“ Im Kampf gegen die Coronakrise warf Mostofizadeh der Landesregierung planloses Agieren vor. Sie lasse die Kommunen im Regen stehen, sie erhielten keinen Cent. Es gebe weder Ansätze für einen Altschuldenfonds, noch für ein Konzept. Hier sei die Regierung „völlig gescheitert“. Für den Klimaschutz fehlten im Haushalt notwendige Investitionen. Anstatt zu investieren, kürze die Landesregierung sogar. Sie lasse damit Potenziale auf der Straße liegen. Und dies, obwohl die Menschen bereit seien, Klimareformen mitzutragen.

Der Haushaltsentwurf berücksichtige die aktuelle Entwicklung der Coronakrise, aber

auch mittel- und langfristige Ziele, sagte FDP-Fraktionschef **Christof Rasche**. „Absurd“ sei die Argumentation von Teilen der Opposition, die Landesregierung verwende den Rettungsschirm, um den Haushalt zu schönen. „Wir setzen sämtliche Mittel des Corona-Rettungsschirms genau dafür ein, wofür sie angesetzt worden sind: nämlich zur Behebung der Krise und zur Begegnung der Krise. Genau das zeigt dieser Haushalt“, sagte Rasche. „Die NRW-Koalition hat einen klaren Kurs: mit einer vorbildlichen Gesundheitspolitik, mit solider Finanzpolitik, mit einer Priorität für Bildung in Schulen und Kindergärten, mit Perspektiven für Arbeitsplätze und Wirtschaft, mit konsequenter Arbeit an der Inneren Sicherheit, mit einer modernen Mobilität.“

AfD-Fraktionschef **Markus Wagner** hielt der Landesregierung vor, zu wenig Schulden abzubauen. Ein „solider Haushalter“ würde anders handeln. Einen Großteil seiner Rede widmete er dem Umgang mit der Corona-Pandemie. Wagner fragte, ob die „Regierungsparteien“ ihre Entscheidungen stets „besonnen, verantwortungsbewusst, ausgewogen und auf Basis gesicherter Faktenlage“ getroffen hätten – oder ob sie sich hätten leiten lassen „von Emotionen, Ängsten, medialem Druck und der Versuchung, unter dem Deckmantel des

Gesundheitsschutzes mehr Kontrolle ausüben zu können“. Das Virus sei „deutlich weniger gefährlich“, als man Anfang des Jahres gedacht habe. Die Politik habe die Menschen „nachhaltig verunsichert“. Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte würden „massiv eingeschränkt“, Massenentlassungen seien „fast schon an der Tagesordnung“.

*wib, tob, zab*

Der Entwurf der Landesregierung für den Haushalt 2021 sieht ein Gesamtvolumen von rund 82 Milliarden Euro vor. Die Ausgaben für Investitionen werden auf rund 8,7 Milliarden Euro veranschlagt. Die Personalausgaben liegen bei rund 30 Milliarden Euro.

Es sollen keine neuen Schulden aufgenommen werden. Die Lasten der Corona-Pandemie werden weiter über den im Frühjahr beschlossenen NRW-Rettungsschirm finanziert, der nach Angaben des Finanzministeriums in den Jahren 2021 und 2022 fortgeführt werden soll. Über den Rettungsschirm steht ein Sondervermögen von bis zu 25 Milliarden Euro zur Verfügung, das die direkten und indirekten Folgen der Corona-Pandemie auffangen sowie „notwendige konjunkturelle Maßnahmen“ ermöglichen soll.

Laut Landesregierung werden wegen der Folgen der Corona-Pandemie für das kommende Jahr Steuerminderungen von rund 5,5 Milliarden Euro erwartet. Für das Jahr 2022 sind es rund 5 Milliarden Euro.



## Agrarpolitik

7.10.2020 – Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) soll nach dem Willen der Grünen-Fraktion stärker ökologisch ausgerichtet werden. Die aktuelle Förderperiode der GAP ende 2020, heißt es in einem Antrag ([17/11158](#)) der Fraktion, der im Landtag beraten wurde. Sie fordert die Landesregierung u. a. auf, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Förderrichtlinien künftig mehr auf Biodiversität, eine Verbesserung des Umweltschutzes und eine artgerechte Tierhaltung ausgerichtet würden. „Die Natur zu bewahren, die Artenvielfalt zu schützen sowie Nutztiere artgerecht zu halten, müssen zu einer zentralen Aufgabe der Landwirtschaft werden, die den Bäuerinnen und Bauern auch entsprechend vergütet wird.“ Im Zuge der derzeitigen EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands stünden auch die Bundesländer mit in der Verantwortung, eine „zukunftsorientierte Ausrichtung der GAP“ auf den Weg zu bringen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Europa und Internationales (federführend) überwiesen.

## Mobbing an Schulen

7.10.2020 – Die AfD-Fraktion beklagt zunehmendes Mobbing an nordrhein-westfälischen Schulen. Das Phänomen habe „eine besorgniserregende Ausweitung erfahren“, heißt es in einem Antrag („Mobbing und Gewalt an Schulen – Wir brauchen eine valide Datenbasis!“, [17/11170](#)). Betroffen seien Schülerinnen und Schüler, aber auch das Lehrpersonal. „In zunehmendem Maße wird Mobbing auch als Machtinstrument bestimmter kulturell und religiös gebundener Gruppierungen eingesetzt“, heißt es in dem Antrag. Mobbing verbreite „tiefgehendes Leid“ und störe massiv den Schulfrieden. Die Fraktion fordert u. a. eine Meldepflicht für Mobbingfälle. Dabei müssten auch die Konfessionen der Geschädigten, die Motive des Mobblings sowie Staatsangehörigkeit und „Migrationshintergrund/Nicht-Migrationshintergrund des Verursachers“ genannt werden. Das Schulministerium solle dem Landtag einmal jährlich berichten. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

## Klimastabile Wälder

7.10.2020 – Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP setzen sich für ein Maßnahmenpaket ein, um die nordrhein-westfälischen Wälder vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Dieser habe den Wäldern in den vergangenen drei Sommern stark zugesetzt, heißt es in einem Antrag der Fraktionen („Klimastabile Wälder für Nordrhein-Westfalen – zielgerichtete Förderung zur Schadensbehebung und Wiederaufforstung“, [17/11164](#)). „Mit der Trockenheit kamen die Borkenkäfer und andere Pflanzenschädlinge und vernichteten riesige Bestände, wie mittlerweile überall im Land unschwer zu erkennen. Diese Baumbestände waren CO<sub>2</sub>-Speicher, Luft- und Wasserfilter, Lebensraum, Erholungsgebiet und andererseits teilweise auch eine Altersvorsorge der vielen Kleinprivatwaldbesitzer in Nordrhein-Westfalen.“ Die Koalition erarbeite gemeinsam mit den Betroffenen Antworten auf zentrale Fragen. Dazu gehöre eine Strategie, welche zukunftsfähigen Baumarten in Deutschland gepflanzt werden sollten. Die Fraktionen fordern die Landesregierung u. a. auf, die „Förderrichtlinie Extremwetter“ kontinuierlich weiterzuentwickeln. Der Waldzustandsbericht müsse ausgeweitet und künftig müssten das Schadensrisiko und die Schädlingssituation analysiert werden. Zudem solle geprüft werden, „wie das derzeitige Fördersystem auf ein unbürokratisches flächenbezogenes Fördersystem umgestellt werden kann“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP angenommen. Die SPD stimmte mit Nein, Grüne und AfD enthielten sich. Ein Entschließungsantrag der AfD ([17/11286](#)) wurde abgelehnt.

## Wahlalter

8.10.2020 – Die SPD-Fraktion fordert erneut eine Herabsetzung des Wahlalters bei Landtagswahlen von 18 auf 16 Jahre. In ihrem Antrag („Das Wahlalter 16 bei Landtagswahlen muss jetzt kommen“, [17/11173](#)) bezieht sie sich u. a. auf den Beschluss des FDP-Bundesparteitags, eine Initiative der Jungen Liberalen zur Absenkung des Wahlalters bei Bundestags- und Europawahlen auf 16 Jahre zu unterstützen. Die SPD-Fraktion hatte bereits im vergangenen Jahr einen Gesetzentwurf zur Herabsetzung des

Wahlalters bei Landtagswahlen vorgelegt. Er habe jedoch nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit gefunden, „da er mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt wurde“. Das Wahlrecht sei der „Schlüssel zur politischen Partizipation“, heißt es im aktuellen Antrag. Es sei das „vornehmste Recht in einer Demokratie“ und müsse jungen Menschen „endlich gegeben werden“. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

## U-Ausschuss abgelehnt

8.10.2020 – Der Landtag hat die Einsetzung eines von der AfD-Fraktion beantragten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum „Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung im Zusammenhang mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 und der Erkrankung Covid-19“ ([17/11172](#)) abgelehnt. Die Landesregierung habe „neben vielen Einschränkungen der Grundrechte auch ökonomisch, sozial und gesundheitlich verheerende Konsequenzen“ in Kauf genommen, „deren Auswirkungen auch zukünftig noch lange Nachwirkungen bedingen werden“, heißt es in dem Antrag. Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen haben ihn abgelehnt.

## Deutsche Einheit

8.10.2020 – Vor 30 Jahren wurde die Teilung Deutschlands überwunden. Zum diesjährigen Jubiläum der Wiedervereinigung hat der Landtag einen gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, FDP und Grünen verabschiedet, in dem die Fraktionen an die „Mütter und Väter“ der Einheit erinnern und ihnen danken ([17/11159](#)). In dem Antrag heißt es u. a.: „Ohne den Mut und den Einsatz der vielen Frauen und Männern in den neuen Bundesländern, stellvertretend sind die Montagsdemonstrationen in Dresden und Leipzig genannt, die genauso friedlich wie unerschrocken und hartnäckig gegen die Unterdrückung des Regimes und für die Freiheit auf die Straße gingen, wäre die Einheit nicht möglich gewesen. Ihrem Einsatz ist das Zerbrechen dieses Regimes sowie die Wiedervereinigung unseres Landes in Frieden und Freiheit zu verdanken.“ Erinnert wird auch an den von Michail Gorbatschow eingeleiteten Reformprozess „Glasnost und Perestroika“ in der dama-



ligen Sowjetunion, den Kampf der polnischen Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“, die Unterstützung der westlichen Verbündeten beim Einheitsprozess sowie die verantwortlichen Politiker in West wie Ost, im In- und im Ausland, die „vor mehr als 30 Jahren die einmalige historische Chance für ein vereinigtes Deutschland“ gesehen und ergriffen hätten. Dem Antrag stimmten die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen zu. Die AfD-Fraktion stimmte dagegen. Ein Entschließungsantrag der AfD ([17/11305](#)) wurde abgelehnt.

## Reichskriegsflaggen

8.10.2020 – Der Landtag hat sich für ein Verbot von Reichskriegsflaggen ausgesprochen. Die schwarz-weiß-roten Flaggen, auf denen ein Eisernes Kreuz zu sehen ist, würden „regelmäßig von rechtsextremen Parteien und Organisationen in der Öffentlichkeit zur Schau gestellt“, heißt es in einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen ([17/11174](#), 2. Neudruck). Im Fokus hätten die Flaggen zuletzt Ende August gestanden, als „rechtsradikale Demonstranten“ in das Berliner Reichstagsgebäude eindringen wollten. Die Fraktionen fordern die Landesregierung auf, einen Erlass zu verabschieden, der das Zeigen oder Verwenden verschiedener Reichskriegsflaggen aus der Zeit von 1867 bis 1935 unterbinde. Entsprechende Reichskriegsflaggen des Norddeutschen Bundes, des Deutschen Kaiserreiches, der Weimarer Republik und aus der Zeit des Nationalsozialismus müssten verboten werden. Die AfD stimmte gegen den Antrag.

## Straßenbau

8.10.2020 – Die Grünen-Fraktion fordert ein Moratorium (Aufschub) für Straßenneu- und ausbauprojekte, die im Bundesverkehrswegeplan 2030 sowie im Landesstraßenbedarfsplan aufgeführt sind und bei denen die Planungen noch nicht begonnen haben. Gleiches gelte für Projekte, die sich im Vorplanungsstadium befinden, schreibt die Fraktion in einem Antrag ([17/11156](#)), der zur Debatte im Plenum vorlag. Der weitere Ausbau des heute schon im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern bevorteilten

Straßenverkehrsnetzes führe zu noch mehr motorisiertem Individual- und Lkw-Verkehr. Dies konterkarriere die Erreichung der Klimaziele in NRW, heißt es im Antrag. Bereits geplante Projekte müssten u. a. hinsichtlich ihrer Wirkung auf den Klimaschutz sowie ihrer „Notwendigkeit unter Einbeziehung vorhandener und zukünftiger alternativer Verkehrsinfrastruktur“ überprüft werden. Die Landesregierung solle dem Landtag die Ergebnisse der Überprüfung und eine mögliche Neubewertung der Projekte des Landesstraßenbedarfsplans sowie des Bundesverkehrswegeplans vorlegen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss überwiesen.

## Enquetekommission

8.10.2020 – Der Landtag hat über den Abschlussbericht der Enquetekommission I beraten ([17/11130](#)). Das Gremium war 2018 auf Antrag der SPD-Fraktion eingesetzt worden und hatte sich mit der „Digitalen Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“ befasst. Untersucht worden war u. a., wie Nordrhein-Westfalen in Bezug auf die Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur aufgestellt ist, welche Änderungen durch den digitalen Wandel zu erwarten sind und wie die Anforderungen an die Arbeit und neue Arbeitsformen aussehen. Der fast 270 Seiten umfassende Abschlussbericht listet insgesamt 120 Empfehlungen an den Bund, das Land, die Sozialpartner, Unternehmen und Hochschulen auf. Enquetekommissionen sind Gremien des Landtags, die Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe vorbereiten sollen. Neben Abgeordneten aller Fraktionen gehören ihnen auch externe Sachverständige an. Sie legen dem Landtag Berichte und Empfehlungen spätestens bis zum Ende der jeweiligen Wahlperiode vor.

## Universiade 2025

8.10.2020 – Der Landtag unterstützt die Bewerbung der Rhein-Ruhr-Region um die Sommer-Universiade 2025. Ein entsprechender Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen („Sommer-Universiade Rhein-Ruhr 2025 nach NRW holen“, [17/11160](#)) wurde ein-

stimmig verabschiedet. Die Weltsportspiele der Studierenden sind die größte Multisportveranstaltung nach den Olympischen Spielen. Das Konzept des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbandes (adh) sieht Austragungsorte in Bochum, Essen, Mülheim/Ruhr, Duisburg, Krefeld und Düsseldorf vor. Es werden rund 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 170 Ländern erwartet. Die Universiade wird an 12 Wettkampftagen in 15 festgelegten und drei optionalen Sportarten durchgeführt. Im Antrag der Fraktionen heißt es, dass besonders die intensive Verzahnung von Sport und Bildung dem Sportland NRW neue Entwicklungsmöglichkeiten biete. Die Fraktionen betonen zudem: „Es bietet sich im Hinblick auf die Ausrichtung weiterer herausragender Sportwettbewerbe, besonders den Bewerbungsbestrebungen um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele, an, jetzt niedrigschwellig allen Kindern und Jugendlichen die Freude am Bewegen in neuen Formaten zu vermitteln und auf diese Weise auch Nachwuchsathletinnen und Athleten zu gewinnen.“

## Liegenschaftsportal

8.10.2020 – Die Landesregierung soll ein webbasiertes Portal einrichten, das alle Liegenschaften des Landes auflistet und kategorisiert. Dies beantragen die Fraktionen von CDU und FDP („Landesflächen zentral managen – entbehrliche Flächen als Bauland aktivieren“, [17/11163](#)). Die Potenziale und Hemmnisse der jeweiligen Flächen sollen ausgewertet werden, schreiben die Fraktionen. Ziel sei es, vermehrt Landesflächen freizugeben und zu veräußern – insbesondere für den Wohnungsbau, die Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen sowie für „neue Mischformen aus Wohnen und Gewerbe“. Der Flächenbedarf sei in Nordrhein-Westfalen vielerorts groß, heißt es in dem Antrag. Das Land unterstütze bereits seit 2009 mit „NRW.Urban“ die Baulandmobilisierung, insbesondere die Revitalisierung ehemals industriell genutzter Brachflächen. Seit 2018 würden auch landeseigene Flächen verstärkt in den Blick genommen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (federführend) überwiesen.

# Kampf gegen Vorurteile und Hetze

## Debatte über Rechtsextremismus bei Polizei und Sicherheitsbehörden

8. Oktober 2020 – Wie stark verbreitet sind rechtsextremistische Einstellungen bei der Polizei und in Sicherheitsbehörden? Braucht es eine wissenschaftliche Studie, um diese Frage zu beantworten? Darüber haben die Abgeordneten in einer Aktuellen Stunde diskutiert.

Anlass der Aktuellen Stunde waren Medienberichte, denen zufolge drei Beschäftigte des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes im Verdacht stehen, rassistische und islamfeindliche Inhalte in einem Chat geäußert zu haben. Zudem werde gegen einen Polizeibeamten in Bielefeld ermittelt, der rechtsextreme Inhalte in einem Chat an rund 50 Personen gepostet haben soll. Bereits Mitte September waren laut Aussage von Innenminister Herbert Reul (CDU) rund 30 Polizeibeamte vom Dienst suspendiert worden, weil sie in privaten Chatgruppen rechtsextreme Propaganda ausgetauscht hatten.

**Verena Schäffer** (Grüne) forderte, dass eine wissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben werden solle, um rassistische, antisemitische und islamfeindliche Einstellungen bei Polizei- und Sicherheitsbehörden zu untersuchen. Eine solche Studie sei zwar keine „Zauberlösung“, um das Problem in den Griff zu bekommen. Sie könne aber „wichtige Erkenntnisse liefern, auf der wir Gegenmaßnahmen weiter aufbauen können“. Die Grünen-Fraktion habe einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt und schlage u. a. vor, innerbehördliche Rotationen zu fördern, Fortbildungen verpflichtend anzubieten und Supervisionen in Behörden zu verankern.

**Dr. Christos Katzidis** (CDU) sagte, dass rassistische, diskriminierende und menschenverachtende Haltungen in Sicherheitsbehörden nichts zu suchen hätten. Die jüngsten Fälle hätten gezeigt: „Wir sprechen nicht mehr von Einzelfällen.“ Es gebe aber „kein strukturelles Problem“. Dass die Fälle aufgedeckt worden seien, spreche dafür, dass die bisherigen Maßnahmen von Innenminister Reul wirkten. Dessen klare Haltung stärke eine „verantwortliche Fehler- und Führungskultur“. Wichtig seien zudem

Fortbildungen und Supervision, um etwa fremdenfeindlichen Einstellungen akut entgegenzuwirken. Eine Langzeitstudie dagegen löse das Problem nicht.

Die aktuellen Fälle seien „wie ein Stich ins Herz der NRW-Polizei“, sagte **Marc Lürbke** (FDP). Es dürfe aber kein schiefes Bild entstehen. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen bestehe „im ganz Wesentlichen aus pflichtbewussten, aus engagierten Beamten, die mit beiden Beinen fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen“, so Lürbke. Die Einsetzung eines Sonderbeauftragten und die Erstellung eines Lagebildes seien richtig gewesen. Bestehende wissenschaftliche Erkenntnisse würden in die Aufarbeitung einfließen, eigene Studien ausgeweitet, Fragen zu konkreten Fällen ebenfalls mit wissenschaftlicher Expertise beleuchtet.

### Probleme „deutlich größer“

**Sven Wolf** (SPD) sprach weitere Verdachtsfälle im Finanzministerium, im Schulbereich und in der Justiz an. Innenminister Reul betone zwar immer wieder, aufklären zu wollen, seine Handlungen aber passten nicht dazu. Reul habe erst auf Nachfrage eingeräumt, dass das Problem „deutlich größer“ sei als bisher dargestellt. Die zentrale Frage laute: „Wie bleiben die Beschäftigten in allen Behörden und in allen Ministerien immun gegen Vorurteile und Hetze gegen unsere Demokratie?“ Wolf forderte die Einrichtung einer Meldestelle, an die sich Polizistinnen und Polizisten anonym mit Verdachtsfällen wenden können.

Die Polizei sei nicht rassistisch oder von Rechtsextremisten unterwandert, sagte AfD-Fraktionschef **Markus Wagner**. Dies bewiesen die

Zahlen. Bei mehr als 40.000 Polizeibeamtinnen und -beamten in NRW gebe es derzeit 104 Verdachtsfälle und weitere 38 Fälle, die geprüft würden. Von einem strukturellen Problem könne keine Rede sein. Die Polizei sei eine „Polizei des Rechtsstaats“, sie beschütze „uns alle“. Die Polizistinnen und Polizisten erlebten das Leid von Opfern, sie erlebten die Täter. Nun würden sie „auch noch Angriffen aus dem politisch-medialen Komplex ausgesetzt“ und müssten sich „Generalverdächtigungen“ gefallen lassen.

Die Vorwürfe, er habe bislang nichts getan, seien nicht haltbar, sagte Innenminister **Herbert Reul** (CDU). Er habe u. a. Extremismusbeauftragte in Kreispolizeibehörden und einen Sonderbeauftragten für rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei ernannt. Der eingeschlagene Weg bedeute, „dass wir täglich neue Fälle aufdecken“, sagte Reul. „Wir werden auch Wissenschaftler einbinden.“ Die Frage sei nicht, ob eine Studie in Auftrag gegeben werde, sondern welche. Viele Ergebnisse lägen schon vor. Es gehe nun aber vor allem darum zu handeln. Man könne das Problem nicht zentral durch Studien, Pläne und Konzepte lösen. *tab, zab*

Der Debatte lagen Anträge der Grünen-Fraktion (17/11273) sowie der Fraktionen von CDU und FDP (17/11274) zugrunde. Mitberaten wurden ein weiterer Antrag der Grünen-Fraktion (17/11144 Neudruck) und Entschließungsanträge der SPD-Fraktion (17/11285) sowie der Fraktionen von CDU und FDP (17/11290). Der Antrag der Grünen wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt; SPD und Grüne stimmten dafür. Der Entschließungsantrag der SPD wurde mehrheitlich abgelehnt, der Entschließungsantrag von CDU und FDP angenommen.



Fotos: Schälte

Verena Schäffer (Grüne)

Dr. Christos Katzidis (CDU)

Marc Lürbke (FDP)

Sven Wolf (SPD)

Markus Wagner (AfD)

Innenminister  
Herbert Reul (CDU)

# Optimismus in der Krise

## Fachgespräch zur Corona-Pandemie

30. September 2020 – Was hat Vorrang: Wirtschaft oder Gesundheit? In Zeiten der Coronakrise stehen die Interessen des Gesundheitsschutzes und die der Wirtschaft in keinem grundlegenden Konflikt, so der Tenor beim Gespräch im Landtagsforum zwischen einem Virologen und einem Ökonomen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Weltweit werde darum gerungen, was der geeignete Kurs im Umgang mit der Corona-Pandemie sei, sagte André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, zur Begrüßung der Gäste im Landtagsforum. Abgewogen werde zwischen den Interessen des Gesundheitsschutzes und denen der Wirtschaft. Zentral sei zudem die Frage, ob und inwiefern Grundrechte einschränkt werden dürften. „Die heutige Diskussion im Landtag liefert einen wissenschaftlich fundierten Beitrag zu dieser Abwägungsdebatte.“

In seinem Impulsvortrag gab Prof. Dr. Jörg Timm, Leiter des Instituts für Virologie am Universitätsklinikum Düsseldorf, einen Überblick über aktuelle Forschungsergebnisse. Zwar steige aktuell die Zahl der Corona-Infizierten, dennoch stagniere die der Todesfälle. Rund 5 Prozent der Infizierten würden derzeit in Krankenhäusern behandelt; im Frühjahr seien es rund 20 Prozent gewesen. Möglicherweise sei ein Grund für aktuell mildere Krankheitsverläufe, dass die Infektionsdosis, also die Zahl der Erreger, bei Übertragungen in den vergangenen Sommermonaten geringer gewesen sei. Auffällig sei zudem, dass zuletzt verstärkt 20- bis 40-Jährige erkrankt seien, die weniger Symptome zeigten.

Wichtig sei, in den kommenden Herbst- und Wintermonaten sogenannte Superspreading-Events zu verhindern, warnte der Forscher. Zudem brauche es eine effektive

Teststrategie – auch vor dem Hintergrund, dass Kapazitäten begrenzt und nur noch wenig neue Laborgeräte auf dem Markt verfügbar seien. Langfristig werde ein Impfstoff weiterhelfen. „Ich bin sehr optimistisch, dass es grundsätzlich möglich sein wird, Immunität mit einer Impfung zu erreichen.“

Seit März seien im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in Deutschland mehr Menschen gestorben. Die sogenannte Übersterblichkeit falle im weltweiten Vergleich aber gering aus – für Prof. Dr. Timm ein Beleg dafür, dass die Politik in den vergangenen Monaten verantwortungsvolle Entscheidungen zugunsten des Gesundheitsschutzes getroffen habe: „Die Strategie bisher war sehr gut.“

### V-Kurve der Konjunktur

Prof. Dr. Justus Haucap, Direktor des Düsseldorf Institute for Competition Economics der Heinrich-Heine-Universität, sagte, in Medien werde aktuell oft „ein Zielkonflikt“ zwischen Interessen des Gesundheitsschutzes und denen der Wirtschaft heraufbeschworen. „Mich hat das immer etwas genervt, weil das eine extrem kurzfristige Betrachtung ist – eigentlich irreführend. Denn es geht der Wirtschaft nicht besser, wenn viele Leute krank sind.“ Das Gegenteil sei der Fall: Gehe es der Wirtschaft gut, fließe beispielsweise mehr Geld ins Gesundheitssystem. „Sobald wir nur ein bisschen über den Tellerrand hinausschauen, zeigt sich, dass das Hand in Hand geht: Schutz der Wirtschaft und Schutz der Gesundheit.“

Wie aber kommt die Wirtschaft aus ihrem Tief heraus?

In der Fachwelt sei oft von einem V-Verlauf



André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen (2.r.), begrüßte den Virologen Prof. Dr. Jörg Timm (v.l.), den Ökonomen Prof. Dr. Justus Haucap sowie die Rektorin der Heinrich-Heine-Universität, Prof. Dr. Anja Steinbeck, im Landtagsforum. Foto: Ingo Lammert

die Rede, bei dem die Kurve des Wirtschaftswachstums in der Krise zunächst steil abfalle, nach einem Tiefpunkt aber ebenso steil ansteige. Jüngste Zahlen veranschaulichten einen solchen Verlauf. „Das ist eine sehr, sehr gute Botschaft – auch wenn die Zahlen im Moment noch mit Vorsicht zu genießen sind.“

Mit Blick auf die Unterstützung in den vergangenen Monaten sagte Prof. Dr. Haucap: „Da hat Politik viel richtig gemacht.“ Corona-Hilfen seien sowohl Solo-Selbstständigen als auch großen Betrieben zugutegekommen. Zwar prognostiziere das Institut für Wirtschaftsforschung einen Rückgang der Wirtschaftsleistung in Deutschland von 5,2 Prozent für das aktuelle Jahr. Für andere Länder in der Europäischen Union und weltweit fielen die Prognosen aber deutlich schlechter aus.

Aktuell herrsche – bei aller Vorsicht und Skepsis – in Deutschland das Gefühl vor: „Wir schaffen das.“ Niemand wisse jedoch, wie sich weltweite Entwicklungen auswirkten und welchen Verlauf die Corona-Pandemie nehme. Da sich die Wirtschaft in Deutschland besser erholte als erwartet, richtete der Ökonom vorsichtig einen zuversichtlichen Blick auf die Zukunft: „Ich bin erst einmal optimistisch für Deutschland.“ Es gelte aber auch: Das Virus könne „sehr schnell wieder zuschlagen“.

tob

Die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und der Landtag Nordrhein-Westfalen bieten in losen Abständen Diskussionsforen zu aktuellen Themen an, um den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik zu stärken.

Foto: Schälte



Foto: Schälte

## GESETZGEBUNG

# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)** | [17/11100](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 7. Oktober 2020 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

**Gesetz über die Ausbildungsvergütung für Auszubildende in der einjährigen Ausbildung zur generalistisch ausgebildeten Pflegefachassistentin und zum generalistisch ausgebildeten Pflegefachassistenten in Nordrhein-Westfalen (Pflegefachassistenten-Ausbildungsvergütungsgesetz – PflAGAvG)** | [17/10652](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 7. Oktober 2020 | verabschiedet

**Zweites Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes** | [17/9787](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 7. Oktober 2020 | verabschiedet

**Zweites Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW (2. ELAGÄndG)** | [17/11142](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 7. Oktober 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

**Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden in Folge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder (Gewerbesteuerausgleichsgesetz Nordrhein-Westfalen – GewStAusgleichsG NRW –)** | [17/11195](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 7. Oktober 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

**Drittes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/11162](#) | CDU und FDP | 1. Lesung am 8. Oktober 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW** | [17/8298](#) | Grüne | 2. Lesung am 8. Oktober 2020 | abgelehnt

**Gesetz zur Anpassung bestehenden Landesrechts an die COVID-19-Pandemie und sonstige pandemiebedingte Sondersituationen** | [17/11165](#) | CDU und FDP | 1. Lesung am 8. Oktober 2020 | Überweisung an den Hauptausschuss

**Gesetz zur Erweiterung von Auskunftsrechten auf Mitglieder der Medienkommission gegenüber der Landesanstalt für Medien (Auskunftsrechte-Erweiterungsgesetz Medienkommission NRW)** | [17/10856](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

**Gesetz hinsichtlich weiterer Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie im Hochschulbereich** | [17/10919](#) | Landesregierung | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

**Gesetz über die Gewährung von Wertschätzungsprämien und die Stiftung von Ehrenzeichen im Brand- und Katastrophenschutz (Prämien- und Ehrenzeichengesetz – PräEG) – Wertschätzung für die ehrenamtlichen Einsatzkräfte!** | [17/10857](#) | AfD | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts** | [17/9942](#) | Landesregierung | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/9801](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 für das Land Nordrhein-Westfalen (Zensusgesetz 2021-Ausführungsgesetz NRW – ZensG 2021 AG NRW)** | [17/8762](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Erleichterung des Zugangs zu amtlichen Informationen in Nordrhein-Westfalen** | [17/8722](#) | Grüne | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur stärkeren Verankerung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Arbeit des Westdeutschen Rundfunks (FDGO-WDR-Gesetz)** | [17/8417 \(Neudruck\)](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern** | [17/7753](#) | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen** | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen** | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

# Konzepte für den Kinderschutz

## Anhörung: Bekämpfung von sexualisierter Gewalt

21. September 2020 – Die Fälle von schwerem und jahrelangem Kindesmissbrauch in Lügde, Bergisch Gladbach und Münster haben für Entsetzen gesorgt. Was muss getan werden, um Kinder besser zu schützen? Mit dieser Frage haben sich Expertinnen und Experten in einer Anhörung der Kinderschutzkommission des Landtags befasst.

Die Sachverständigen waren aufgefordert, Stellung zu zwölf Fragen zu nehmen, die Präventionskonzepte etwa in Kommunen, Institutionen, Vereinen, Verbänden, Schulen, Kitas, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Polizei betreffen. Die Expertinnen und Experten sollten zudem Strategien aufzeigen, um die „Prävention von Kindeswohlgefährdungen und von sexualisierter Gewalt zu verbessern“.

Auf kommunaler Ebene gelte es, Präventionsketten weiterzuentwickeln, damit „integrierte Handlungskonzepte“ entstünden, die „akteurs-, träger- und ämterübergreifend“ wirkten, hieß es in einer Stellungnahme der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe. Kinderschutz müsse etwa in Kitas, Schulen, im Gesundheitswesen und bei der Polizei strukturell verankert und zu einem verpflichtenden Bestandteil der Ausbildung jeweiliger Fachkräfte werden. Wünschenswert sei, dass sich Akteure besser vernetzen und eine Abstimmung der Präventionsangebote erfolge. Mit diesem Ziel richte das Land Nordrhein-Westfalen aktuell eine Landesfachstelle ein.

### Neue gesetzliche Grundlage

Nötig ist laut Stellungnahme der Kommunalen Spitzenverbände eine „auf Dauer angelegte Strategie“ zur Bekämpfung sexueller Gewalt. Für eine umfassende Qualitätsentwicklung und -sicherung brauche es „eine zentrale und koordinierende Stelle“, die in den Jugendämtern verortet sein solle. Zudem müsse die Kooperation zwischen den Jugendämtern und anderen Akteuren im Kinderschutz, auch der Polizei und Justiz, verpflichtend in einem Gesetz verankert werden.

Eine gesetzliche Grundlage sei „dringend geboten“, um die „präventive Kinder- und Jugendhilfe abzusichern, auszubauen und weiterzuentwickeln“, forderte die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Nötig sei ein Landespräventionsgesetz, das beispielsweise rechtliche Voraussetzungen zur verpflichtenden Vorlage von Kinderschutzkonzepten schaffe. Bestehende Konzepte sollten in einer landesweiten Strategie zusammengeführt werden. Es brauche gemeinsame Präventionsstandards für alle Träger der Kinder- und Jugendhilfe.

Bislang erfolge die Prävention sexualisierter Gewalt „weitgehend trägerspezifisch“, stellte der Landesjugendring NRW in seiner Stellungnahme fest. „Dieser Ansatz ist unseres Erachtens richtig und wichtig.“ Die neue Landesfachstelle „Prävention sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ solle bestehende Ansätze weiterentwickeln, die die Qualitätssicherung, Verbreitung und Wirksamkeit von Sensibilisierungsmaßnahmen und Schutzkonzepten sowie die Qualifizierung von Fachkräften betreffen. Die auskömmliche Förderung der Jugendarbeit durch Land und Kommunen bleibe „das wichtigste Fundament für die Prävention von Kindeswohlgefährdungen“.

Die Palette der Konzepte u. a. von Institutionen, Vereinen und Verbänden zur Prävention sexualisierter Gewalt könne man „bildlich gesprochen als bunten Flickenteppich bezeichnen – mit einigen großen Löchern“, schreibt der Verein Zartbitter Köln, eine Kontakt- und Informationsstelle zu sexuellem Missbrauch an Mädchen und Jungen. „Einige Angebote sind nur in sehr begrenztem Maße dem Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt dienlich, andere sogar kontraproduktiv.“

Das Land solle sich im Bund weiter für eine Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz starkmachen und zudem drei Maßnahmen durchsetzen: Es brauche erstens unabhängige, landesweite Beschwerdestellen gegen sexuellen Missbrauch, zweitens „verbindliche Kinderschutzmaßnahmen für private Anbieter“ und drittens eine gesetzliche Verankerung des Kinderschutzes/Opferschutzes für Betroffene von sexualisierter Gewalt.

Kinderschutz müsse zudem in der Aus- und Weiterbildung stärker berücksichtigt werden, so der Landesverband NRW des Deutschen Kinderschutzbundes. „Fachwissen ist ein wesentlicher Baustein in der Prävention von Gefährdungen des Kindeswohls.“ Es müsse u. a. ein verbindlicher Rahmen „für Personalbemessungen, fachliche Spezialisierung, Qualität und Qualitätsentwicklung“ gesetzt werden.

Insgesamt 22 Stellungnahmen haben Sachverständige aus Verbänden, Organisationen und Vereinen zur Anhörung vorlegt. Nachzulesen sind sie auf der Internetseite des Landtags unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).

### Info

Der Landtag hat im November 2019 die Einrichtung einer Kinderschutzkommission beschlossen. Die sogenannte Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder wurde als Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend eingesetzt.

Foto: Schälte

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 12 und 13.

SCHWERPUNKT

# Standpunkte

## Meinungen zum Thema „Kinderschutz“



**Kinderschutz ...** ... ist in erster Linie Aufgabe von uns Erwachsenen. Wir müssen hinschauen, auch das Udenkbare denken und entschlossen handeln. Deshalb ist für uns der Kampf gegen Missbrauch, Misshandlung und Vernachlässigung von Kindern ein Herzensanliegen und ganz oben auf der politischen Agenda. Wir haben viele strafrechtliche Initiativen auf den Weg gebracht, wollen aber auch mehr zur Vorbeugung tun.

... ist eine Aufgabe für den ganzen Staat und die ganze Gesellschaft. So steht es auch in unserer Landesverfassung. Es darf nicht davon abhängen, wie unterschiedlich die 186 Jugendämter in NRW aufgestellt sind, ob Kinderschutz gelingt. Und es geht um weit mehr als Jugendhilfe, es ist ein ressortübergreifendes Thema. Deshalb ist es gut, dass wir nun eine Kinderschutzkommission im Landtag haben.

**Prävention ...** ... ist dann wirksam, wenn Kinderschutz-Akteure vor Ort vernetzt sind und gut zusammenarbeiten: in Jugendamt, Kita, Schule, Vereinen, bei Polizei und Ärzten. Das muss verbindlich geregelt sein – zum Wohl der Kleinsten. Wichtig sind zudem passgenaue Kinderschutzkonzepte, die nicht in der Schublade landen, sondern gelebt werden. Ziel ist, dass Kinder sofort gehört werden, wenn sie sich an Erwachsene wenden.

... von Kindesmissbrauch beginnt damit, dass Kinderschutz von Anfang an vermittelt wird und fest im Bewusstsein verankert ist, beginnend mit Familie und Ausbildung in den pädagogischen Berufen. Schutzkonzepte müssen in Einrichtungen Regel und nicht Ausnahme sein. Auch Täterprävention braucht es flächendeckend. Zur Prävention gehört vor allem eine gesellschaftliche Debatte zu Missbrauch und Misshandlung.

**Ein Landespräventionsgesetz ...** ... ist kein Allheilmittel, aber eine Option, die wir genau prüfen. Wichtig ist, dass wir in der Praxis zu mehr Kinder- und Jugendschutz gelangen. Papier ist geduldig – aber bei diesem wichtigen Thema können wir uns Geduld nicht leisten. Jeder Missbrauchsfall ist Mord an einer Kinderseele – und jeder Fall ist einer zu viel.

... kann nur ein Schritt hin zu einem umfassenden Kinderschutzgesetz mit landeseinheitlichen Mindeststandards sein. Das hat die Anhörung deutlich gezeigt, vor allem in Bezug auf unsere Forderungen nach unabhängigen Beschwerdestellen, anonymen Beratungsmöglichkeiten und verpflichtenden Fort- und Weiterbildungen für alle Berufsgruppen, die mit Kindern zu tun haben.

**Die neue Landesfachstelle ...** ... war eine einhellige Forderung der Kinderschutzexperten nach den abscheulichen Vorfällen von Lügde. Deshalb ist es richtig, dass Landtag und Landesregierung sofort Gelder für deren Einrichtung bereitgestellt haben. Sie ist ein wichtiges Instrument, um unser Engagement für den Kinderschutz im ganzen Land voranzubringen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachstelle gilt unser Dank.

... ist ein Motor, um die Facetten des Kinderschutzes zu thematisieren und voranzubringen. Fachstellen bergen aber die Gefahr, dass Probleme dorthin delegiert werden und sich andere für nicht zuständig halten. Der Schutz der Kinder vor Missbrauch ist aber ein Thema, das alle angeht und das in die Öffentlichkeit gehört. Daher ist uns auch die Kinderschutzkommission so wichtig.



... ist für die FDP-Fraktion ein Herzensanliegen. Die schrecklichen Missbrauchsfälle der vergangenen Monate haben verdeutlicht, dass der Kinderschutz in NRW dringend verbessert werden muss. Reformen in Jugendämtern, Aus- und Fortbildung von Fachkräften, ein engerer Austausch zwischen den Akteuren und Aufmerksamkeit für Anzeichen von Kindeswohlgefährdung können zu einem besseren Kinderschutz beitragen.

... ist der Ausgangspunkt für guten Kinderschutz. Es gibt in NRW vielversprechende Präventionsstrukturen, die es jedoch auszubauen und zu verbessern gilt. Dazu zählen flächendeckende, passgenaue Schutzkonzepte, die Sensibilisierung für Anzeichen von Kindeswohlgefährdung über Aus- und Fortbildungen sowie klare rechtliche Vorgaben für Meldewege und die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Akteuren.

... kann ein Baustein zur Verbesserung des Kinderschutzes in NRW sein. Sollten die Beratungen innerhalb des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der Interministeriellen Arbeitsgruppe der Landesregierung sowie der Kinderschutzkommission zu dem Schluss führen, dass ein solches Gesetz die Prävention in NRW wirksam und nachhaltig verbessern kann, sind wir für derartige Diskussionen offen.

... ist ein wichtiger Baustein für bessere Prävention und damit für besseren Kinder- und Jugendschutz. Sie soll das Fachwissen von Fachverbänden und -organisationen in die Fläche bringen und alle beteiligten Akteure in Ämtern, Behörden und Gerichten in die Lage versetzen, Anzeichen von Kindeswohlgefährdung frühzeitig zu erkennen sowie notwendige und angemessene Schritte in die Wege zu leiten.



... ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Kinder haben ein Recht auf ein gewaltloses und gesundes Aufwachsen. Dafür brauchen wir verlässliche Strukturen und nachhaltige Netzwerke.

... ist ein zentraler Baustein für gelingenden Kinderschutz. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor jeder Form von Gewalt muss fest verankerter Bestandteil aller Institutionen sein, die mit Kindern arbeiten. Dazu gehört auch, dass Kinder ernst genommen werden, in ihren Rechten und Bedürfnisse, aber erst recht, wenn sie Hilfe und Unterstützung brauchen.

... brauchen wir, um das Netz im Kinderschutzsystem enger zu weben. Die Kooperation aller Beteiligten im Kinderschutz muss verpflichtend werden, die Koordination von Netzwerken vor Ort strukturell und finanziell abgesichert und die Beratungsstruktur flächendeckend ausgebaut werden. Wir benötigen eine/n Beauftragte/n für Fragen der sexualisierten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, der/die u. a. sensibilisiert, Altfälle aufarbeitet und Handlungsbedarfe anzeigt.

... kann ein sinnvoller Baustein im Gesamtsystem des Kinderschutzes sein, wenn sie auch mit den ausreichenden finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet wird. So kann die Landesfachstelle einen wertvollen Beitrag zur Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe leisten und u. a. auch Ansprechpartner für Fachkräfte und Personal der Kinder- und Jugendhilfe sein.



... ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe von höchster Priorität. Dessen ungeachtet sieht die Realität anders aus: Der Kinderschutz und insbesondere dessen Umsetzung wurde in den letzten zwei Jahrzehnten sträflich vernachlässigt! Die zum Teil wirklich sehr guten Kinderschutzkonzepte müssen in den entsprechenden Institutionen Standard werden; dazu bedarf es strenger Überwachung!

... ist ein wichtigster Baustein, um unsere Kinder vor jedwedem Schaden zu bewahren. Sie ist in allen Lebensbereichen der Kleinen erforderlich und hilft, Warnsignale bereits frühzeitig zu erkennen. Gleichzeitig müssen Kinder im häuslichen Umfeld altersgerecht über mögliche Gefahrensituationen aufgeklärt werden. All dies können starke Familien mit verlässlichen und vertrauensvollen Bindungen am besten leisten.

... ist vor allem symbolpolitischer Natur. Aktuell scheidet es an anderen Stellen, vor allem am Personal- und Qualitätsnotstand in unseren KiTas, in den Jugendämtern, in den sozialen Diensten. Die strukturellen Defizite, das falsche oder fehlende Wissen über Täter- und Opferverhalten, nicht ausreichend qualifiziertes Personal – all diese Missstände werden durch weitere Gesetze nicht behoben.

... begrüße ich sehr, da sie einen neuerlichen Impuls zur weiteren Verbesserung des allgemeinen Kinderschutzes darstellen kann. Voraussetzung ist allerdings, dass sie sämtliche relevanten Bereiche im Auge behält und effektiv vernetzt. Unter dieser Maßgabe sollte sie ihre Arbeit möglichst zeitnah aufnehmen. Denn klar ist eines: Kinderschutz muss flächendeckend optimiert werden!

# Rheinblick inklusive – Der Empfangsraum



Landtagspräsident André Kuper (l.) begleitet Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im März 2018 in den Empfangsraum. Fotos: Schälte

Oktober 2020 – Mehrere hundert Räume befinden sich im Landtagsgebäude am Rhein, darunter mehr als 600 Büros und 25 Sitzungssäle. In einer neuen Reihe stellt Landtag Intern besondere Räume im Landesparlament vor. In Teil 1 der Serie geht es um den Empfangsraum.

Wenn Besucherinnen und Besucher im Empfangsraum durch die große Fensterfront schauen, meinen sie, direkt über dem Rhein zu schweben. Dieser Ausblick hat schon viele fasziniert – dabei handelt es sich um eine Art optische Täuschung. Tatsächlich liegen zwischen dem Landtagsgebäude und dem Fluss noch einige Meter. Es ist das Geschick der Architekten, das diesen besonderen Ausblick ermöglicht.

Die Fensterfront zieht sich über die gesamte Breite des rund 63 Quadratmeter großen Raums, der dadurch sehr hell und freundlich

wirkt. Der Blick reicht vom Düsseldorfer Medienhafen bis zur Rheinkniebrücke und dem linksrheinischen Düsseldorf-Oberkassel.

Der Empfangsraum ist so etwas wie die „gute Stube“ des Landesparlaments. Hier begrüßt der Präsident des Landtags, André Kuper, seine Gäste. An einem Stehpult tragen sie sich in das Gästebuch des Landtags ein, um sich im Anschluss am Konferenztisch oder in einer Sitzzecke mit dem Präsidenten über aktuelle Themen auszutauschen.

Empfangsräume sind in Parlamenten üblich. Auch am vorherigen Sitz des Landtags,

dem Düsseldorfer Ständehaus, gab es einen solchen repräsentativen Raum – etwas kleiner als der aktuelle und ausgestattet u. a. mit einem Konferenztisch aus Glas und einem hellblauen Sofa, wie sich altgediente Mitglieder der Landtagsverwaltung erinnern.

## Kurze Wege

Wie im Ständehaus, so liegt auch im 1988 eröffneten neuen Landtagsgebäude am Rhein der Empfangsraum in unmittelbarer Nähe zum Büro des Präsidenten. Kurze Wege helfen ihm,

# raum, die gute Stube des Landtags



den durchgeplanten und vollen Terminkalender einzuhalten. Insbesondere wenn an ohnehin besonders arbeitsreichen und durchgetakteten Plenartagen sich die Gäste die Klinke in die Hand geben.

Bundespräsidenten waren schon im Empfangsraum, Bundesminister, Botschafterinnen und Botschafter, Konsuln sowie Staatsgäste oder Parlamentarier aus aller Herren Länder. Im März 2018 beispielsweise empfing Präsident Kuper dort Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. 2004 trugen sich die britische Königin Elizabeth II. und ihr Mann Prinz Philip ins Gästebuch ein. Königin Silvia von Schweden genoss den Ausblick auf den Rhein genauso wie Kronprinzessin Mary Elizabeth von Dänemark.

Neben Politikerinnen und Politikern, Mitgliedern des diplomatischen Korps oder gekrönten Häuptern begrüßt der Präsident aber auch regelmäßig nordrhein-westfälische Bürgerinnen und Bürger im Empfangsraum. Und während der vom Präsidenten ins Leben gerufenen Parlamentsnächte steht der Empfangsraum allen interessierten Besucherinnen und Besuchern offen.

Diese Besuche sind dem Präsidenten ein wichtiges Anliegen. Das Parlament will er bewusst auch als das „Haus der Bürgerinnen und Bürger“ verstanden wissen. André Kuper sagt: „Im Landtag schlägt das Herz der nordrhein-westfälischen Demokratie. Hier werden die wichtigen landespolitischen Debatten geführt. Und hier werden Entscheidungen getroffen, die das Leben jeder Bürgerin und jedes Bürgers

ganz konkret betreffen. Umso wichtiger sind Transparenz und Bürgernähe.“ Schmerzlich, aber unumgänglich seien daher die derzeitigen Einschränkungen des Besuchsprogramms aufgrund der Corona-Pandemie.

Der Empfangsraum ist insgesamt geprägt von schlichter Eleganz und wird je nach Anlass hergerichtet. Die Handschrift des jeweiligen Präsidenten oder der jeweiligen Präsidentin wird insbesondere durch das Werk aus der Kunstsammlung des Landtags deutlich, das an der linken Seite der Raumes hängt. Präsident Kuper hat sich für das Gemälde „Erinnyen“ des Kölner Künstlers Bernard Schultze entschieden, das schon früher den Raum zierte (kl. Foto r.). Der eigentliche Blickfang ist und bleibt aber ein Kunstwerk der Natur – der Rhein. *red*

# Sitzung

## AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

### Familien den Rücken stärken – Kinderkrankentage erhöhen

Es ist Herbst und die Erkältungs-Saison startet. Das bedeutet – Eltern mit einem kranken Kind stehen im Spannungsfeld zwischen Arbeit und den Kleinen, die Betreuung brauchen. Das ist in diesem Corona-Jahr besonders schwierig, weil Kinder mit Schnupfnase oder Husten aus Vor-

sicht nicht in die Kita gehen sollen, bis abgeklärt ist, was sie haben.

Demnach brauchen die Eltern auch mehr Kinderkrankentage als in früheren Jahren, um sich kümmern zu können. Das machen wir jetzt möglich. Im Bund wurde vereinbart, dass Eltern angesichts der Corona-Pandemie je fünf Kinderkrankentage mehr bekommen, Alleinerziehende zehn – das war auch der Vorschlag unserer Fraktion. Die Entscheidung ist richtig und wichtig, um Familien Sicherheit zu geben, die in dieser Zeit große Herausforderungen meistern mussten und müssen.

Bisher wies diese Regelung aber eine Lücke auf: Beamtinnen und Beamten wurden nicht berücksichtigt. Die NRW-Koalition aus CDU und FDP hat jetzt einen Antrag eingebracht, der auch für sie fünf beziehungsweise zehn

Kinderkrankentage mehr vorsieht. Viele der Staatsbediensteten waren und sind noch immer als Angehörige systemrelevanter Berufe einer besonderen Arbeitsbelastung ausgesetzt. Auch sie haben während des Lockdowns Familie und Beruf unter schwierigsten Bedingungen unter einen Hut bringen müssen. Deshalb ist es uns ein wichtiges Anliegen, dass auch sie mehr Kinderkrankentage bekommen.

Diese sind zum einen ein wichtiges Instrument, die Pandemie weiter einzudämmen, und zum anderen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in dieser Ausnahmesituation.



Foto: Adobe Stock

### Frauenhäuser in der Krise – Finanzierung jetzt sicherstellen

Corona stellt uns vor vielfältige Herausforderungen. Es geht um unsere Gesundheit – und gleichzeitig um so viel mehr. Viele Menschen haben Angst um ihre Zukunft. Das erzeugt Stress, der schnell in Gewalt ausarten kann. Gewalt, deren Opfer überwiegend Frauen sind.

Die Situation in den Frauenhäusern ist angespannt. Im Moment gibt es nur wenige freie Plätze. Damit sind die Möglichkeiten stark eingeschränkt, von Gewalt betroffene Frauen aus ihrer häuslichen Umgebung zu holen und auch ihren Kindern einen Platz zu bieten. Unterstützung ist nötiger denn



Anja Butschkau, gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag NRW

je. Wie die erste große Umfrage zu häuslicher Gewalt während der Corona-Krise zeigt, steigen die Zahlen der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen drastisch. Die Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser geben ihr Bestes, aber sie sind auf die Unterstützung der Landesregierung angewiesen: Wir brauchen dringend Notfallstrategien, zusätzliche Plätze und eine ausreichende Finanzierung. Veranstaltungen mit Einnahmen fallen weg und

die Spendenakquise ist in den Einrichtungen nur stark eingeschränkt möglich, was zu einem erheblichen Einnahmeausfall führt. Nicht nur die fehlenden Plätze und die mangelnde finan-

zielle Ausstattung sind ein Problem, sondern auch das Corona-Infektionsrisiko für Frauen in den Einrichtungen. Deshalb müssen Frauenhäuser in die Planung des kommunalen und landesweiten Krisenmanagements einbezogen werden. Sie sind systemrelevant und brauchen unsere Unterstützung.

Bessere digitale Informationsangebote wären ein wichtiger Schritt, um die Arbeit der Frauenhäuser prägnanter zu gestalten. Wir müssen hilfesuchende Frauen mit einem auf sie abgestimmten Hilfsangebot direkt erreichen. Nur mit diesem Gesamtpaket an Maßnahmen kann es gelingen, die Frauenhilfestruktur nachhaltig zu sichern.



## Schülerinnen und Schülern Erste-Hilfe-Kenntnisse vermitteln

Die Wiederbelebung eines Menschen ist kinderleicht. Es gehören nur Mut und etwas Wissen dazu. Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass bereits Schülerinnen und Schüler lernen, Leben zu retten. Wenn Kinder und Jugendliche die Wiederbelebung frühzeitig und richtig lernen, wird es für sie später selbstverständlich sein, anderen Menschen zu helfen.



Susanne Schneider (FDP)

Bereits zum Schuljahr 2017/18 hat die NRW-Koalition das Modellprojekt „Laienreanimation an Schulen in Nordrhein-Westfalen“ eingeführt. Das Projekt ist erfolgreich

und soll mittelfristig flächendeckend an Schulen angeboten werden. „Dazu sollen weitere Schulen in den nächsten Jahren mit Übungspuppen ausgestattet werden. Außerdem soll mit allen Beteiligten ein Konzept entwickelt werden, um den Unterricht in Wiederbelebung an Schulen zu unterstützen“, erklärt Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion. Eine entsprechende Initiative haben die Fraktionen von FDP und CDU in den Landtag eingebracht.

Künftig soll es in NRW zudem flächendeckend Apps zur Alarmierung von Ersthelfern geben. Mit dieser digitalen Lösung können ausgebildete Ersthelferinnen und Ersthelfer, die sich in der Nähe eines Notfallortes befinden, direkt zu Hilfe gerufen werden. So können Pflegekräfte, Medizinstudierende oder Ärztinnen und Ärzte schon vor dem Eintreffen des Rettungsdienstes helfen. „Solche Systeme sind in einigen Kommunen bereits vorhanden. Wir brauchen nun eine Lösung für das ganze Land mit einheitlichen Standards und kompatiblen Systemen“, betont Susanne Schneider.



## Gefahr durch den Rechtsextremismus ernst nehmen!

Die Antwort auf unsere Große Anfrage „Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen“ zeigt erneut, wie groß die Gefahr durch rechtsextremistische Gruppen und Einzelpersonen ist.

Zwar haben rechtsextreme Parteien, wie „Die Rechte“, „NPD“ und „Republikaner“ bei den Kommunalwahlen schlecht abgeschnitten. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Stimmen wohl größtenteils auf die AfD übergegangen sein dürften. In NRW gibt es sehr unterschiedliche Erscheinungsformen von rechtsextremen Gruppierungen wie den stark aktionsorientierten Parteien „Die Rechte“ und „Der



Verena Schäffer (Grüne) stellt die Antworten auf die Große Anfrage der Presse vor

III. Weg“, der Identitären Bewegung sowie die neueren selbsternannten Bürgerwehren oder Anhängerinnen und Anhängern der Reichsbürgerbewegung. Gemeinsam haben sie die rechtsextremistische Ausrichtung sowie eine starke Gewaltaffinität.

Unsere Anfrage hat ergeben, dass neun Rechtsextreme im Besitz von jeweils mindestens einer Waffe sind, 31 haben einen kleinen Waffenschein. In der Reichsbürgerszene haben 162 Personen waffenrechtliche Erlaubnisse. Es darf nicht sein, dass Mitglieder von „Die Rechte“, der „Identitären Bewegung“ oder Reichsbürger, von denen eine ernstzunehmende Gefahr ausgeht, im Besitz

von Waffen sind. Es muss dringend überprüft werden, ob diese waffenrechtlichen Erlaubnisse entzogen werden können.

Wir Grüne fordern die Landesregierung auf, rechtsextreme Gefährder stärker zu überprüfen und offene Haftbefehle zu vollstrecken. Beratungsstrukturen gegen Rechtsextremismus müssen endlich ausreichend finanziert werden, zudem fordern wir eine Stelle auf Landesebene, die die Kommunen im juristischen Umgang mit Rechtsextremen berät, zum Beispiel bei rechtsextremen Immobilien.



## Wie sinnvoll sind die Corona-Maßnahmen der Landesregierung?

Überforderung und eine daraus resultierende Hilflosigkeit erkennt man meist zuverlässig daran, dass Maßnahmen inkonsistent, teilweise sogar widersprüchlich, und dadurch für die Betroffenen nicht logisch nachvollziehbar sind. Die aktuelle Corona-Krise scheint ein Musterbeispiel dafür. Es gibt keine gesicherten medizinischen Erkenntnisse über eine wirkungsvolle Prävention und keine verlässlichen statistischen Daten. Die Sterblichkeitsraten liegen nach wie vor im Normalbereich, eine signifikante Übersterblichkeit, selbst bei angeblichen Hochrisikogruppen, ist nicht eingetreten. Und doch wird das tägliche Leben der Menschen zunehmend von der Angst vor Covid-19 geprägt – Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte werden massiv eingeschränkt, Verstöße gegen Gebote, deren Sinn und Nutzen zumin-

dest umstritten ist, auch noch mit Bußgeld bestraft. Hinzu kommen dramatische wirtschaftliche Folgen: Immer mehr Wirtschaftszweige leiden, Massenentlassungen sind fast schon an der Tagesordnung, Ökonomen sagen eine baldige Pleitewelle voraus, die Wirtschaftsprognosen sind alarmierend. Und so stellt sich zunehmend die Frage nach der Verhältnismäßigkeit von Lockdowns, Maskenzwang, Einschränkungen der Versammlungsfreiheit und Geschäftsschließungen. Haben die Regierungsparteien im Sinne ihres Amtseides tatsächlich stets besonnen, verantwortungsbewusst, ausgewogen und auf Basis gesicherter Faktenlage ihre Entscheidungen getroffen, oder haben sie sich vielfach von Emotionen, Ängsten, medialem Druck und der Versuchung, unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes mehr Kon-

trolle ausüben zu können, leiten lassen? Solchen Fragen gehen u. a. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse nach. Weshalb die AfD-Fraktion einen solchen nun beantragen wird, in der Hoffnung, dass ihn die anderen Fraktionen auch billigen werden. In Brandenburg hat die AfD einen PUA Corona bereits erfolgreich durchgesetzt. Nicht nur angesichts der oft willkürlich erscheinenden Strategiewechsel der Landesregierung in der Corona-Krise scheint dies auch in NRW wirklich erforderlich.





Foto: Schälte

# AUS DEN AUSSCHÜSSEN

## Geiselnahme in JVA

23.9.2020 – Die Landesregierung hat den Rechtsausschuss über den Ermittlungsstand zu einer mutmaßlichen Geiselnahme in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Geldern informiert. In ihrem schriftlichen Bericht (Vorlage [17/3885](#)) bezieht sie sich auf Angaben der Staatsanwaltschaft. Demzufolge werde gegen einen wegen mehrerer Gewaltdelikte vorbestraften Häftling ermittelt. Der in der Gefängnisdruckerei arbeitende Mann habe am 2. September 2020 einen Justizvollzugsbeamten bedroht und während einer „Rangerei“ mit einem Buchbindermesser an der Hand verletzt. Er habe gesagt, er müsse „raus zu seiner Familie“. Laut Staatsanwaltschaft liegen regelmäßig diverse Messer auf der Fensterbank des Büros. Sie würden den in der Druckerei beschäftigten Inhaftierten bei Bedarf ausgehändigt und später wieder eingesammelt. Der Häftling sei mit dem Beamten bis in den Innenhof gelangt. Das Messer habe er an dessen Hals gehalten und gedroht, ihn zu töten. Nach etwa anderthalb Stunden habe der Beamte das Messer ergreifen und den Häftling zur Seite stoßen können. Weitere Justizvollzugsbeamte hätten ihn dann überwältigt. Neun Bedienstete seien dabei verletzt worden. Gegen den Beschuldigten sei Haftbefehl wegen Geiselnahme und gefährlicher Körperverletzung erlassen worden. Er befinde sich nun in der JVA Düsseldorf.

## Unfall auf der A 40

23.9.2020 – Nach dem folgenschweren Lkw-Unfall auf der A 40 bei Mülheim-Styrum müssen Bahnreisende noch länger mit Einschränkungen rechnen. Der Bau der geplanten Behelfsbrücke werde mehrere Monate dauern, sagte Hendrik Penner, Leiter Produktion beim Regionalbereich West der Bahn, in einer aktuellen Viertelstunde des Verkehrsaus-

schusses. Am 17. September 2020 hatte nach einem Unfall ein Tanklastwagen unter einem von fünf Brückenbauwerken Feuer gefangen. Durch die Hitze entstanden laut eines Berichts des Verkehrsministeriums (Vorlage [17/3890](#)) Schäden an der A 40 sowie an einer der Eisenbahnbrücken. Diese sollte bis Anfang Oktober komplett abgerissen sein, um anschließend zügig den Verkehr auf der A 40 wieder freigeben zu können, wie Verkehrsminister [Hendrik Wüst](#) (CDU) im Ausschuss betonte. Dies sei auch wichtig für den Schienenersatzverkehr. Wüst sprach von einem „tragischen Vorfall“. Über die betroffene Brücke verlaufe der Nah-, Fern- und Güterverkehr der Hauptstrecke von West nach Ost durch das Ruhrgebiet. Penner sagte, der Abriss der Brücke treffe die Bahn „hart“. Die Behelfsbrücke werde ähnlich leistungsfähig wie eine Betonbrücke. Allerdings dürften Züge diese nur mit geringerem Tempo befahren. Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen stellten zahlreiche Nachfragen u. a. zum weiteren Verkehrskonzept und dem Neubau der Behelfsbrücke.

## Algorithmen

24.9.2020 – Der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen hat sich mit Diskriminierungsrisiken durch die Verwendung von sogenannten Algorithmen befasst. Algorithmen sind eine wesentliche Grundlage von Computerprogrammen. Es handelt sich um Vorgehensweisen zur Lösung von Problemen, die so exakt formuliert sind, dass sie von Maschinen abgearbeitet werden können. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hatte 2019 eine größere Studie zu Diskriminierungsrisiken von solchen Algorithmen durchgeführt. Nathalie Schlenzka von der Antidiskriminierungsstelle nannte als ein Beispiel eine Bank in den USA, die eine Software zur Vergabe von Krediten hatte entwickeln lassen. Der zugrunde liegende Algorithmus sei mithil-

fe von statistischen Werten entwickelt worden, wonach Männer im Schnitt mehr verdienen und höhere Positionen haben als Frauen. Dadurch seien Frauen bei der Kreditvergabe diskriminiert worden. Schlenzka forderte, dass die Politik stärker präventiv vorgehen müsse. Dazu gehöre, Softwareentwickler und deren Auftraggeber über solche Risiken aufzuklären, Software zu prüfen und gegebenenfalls Gütesiegel zu entwickeln sowie Dokumentationspflichten einzuführen. [Heike Troles](#) (CDU) betonte, dass die Studienergebnisse nachdenklich machten. Man müsse sich schnellstmöglich weiter mit dem Thema auseinandersetzen. Für die SPD betonte [Eva Lux](#), dass nicht nur Auskunftsrechte für Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch Informationspflichten für Unternehmen festgelegt werden müssten. [Josefine Paul](#) (Grüne) verwies darauf, dass es in der Gesellschaft eine stärkere Sensibilisierung geben müsse, dass Algorithmen nur eine „Pseudo-Objektivierung“ darstellten.

## Weihnachtsgeschäft

30.9.2020 – Die Landesregierung will in und unmittelbar nach der Weihnachtszeit verkaufsoffene Sonntage ermöglichen. Dies sehe die neue Corona-Schutzverordnung der Landesregierung vor, sagte Wirtschaftsminister [Prof. Dr. Andreas Pinkwart](#) (FDP) im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung. Die Geschäfte sollen von 13 bis 18 Uhr öffnen können. Ziel sei, das Weihnachtsgeschäft mit Blick auf die Corona-Pandemie zu entzerren. Es bestehe ansonsten die Gefahr, dass entweder das Infektionsrisiko wegen Überfüllungen in Geschäften steige oder dass Verbraucherinnen und Verbraucher aus Sorge vor einer solchen Überfüllung samstags nicht zum Weihnachtseinkauf gingen. Er halte die verkaufsoffenen Sonntage daher für eine „sehr verantwortungsvolle“ Regelung.

# Porträt: Gabriele Hammelrath (SPD)

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Gabriele Hammelrath (SPD).

sie ab 1980 fünf Jahre lang in einer Unternehmensberatung im Bereich Personal, Organisation und Marketing. Dann wechselte sie zur Kölner Volkshochschule, bevor sie 2005 Leiterin des Amtes für Weiterbildung der Stadt Köln wurde. Dieses Amt bekleidete sie sieben Jahre. Doch auch in dieser Zeit war die Politik immer Teil ihres Lebens, ob in Köln oder auch als Delegierte auf Landes- oder Bundesebene.

Doch irgendwann wurde sie in ihrer Komfortzone unruhig. „In mir reifte der Wunsch, noch einmal etwas völlig anderes zu machen“, sagt Hammelrath. Mit 59 Jahren wagte sie den beruflichen Neustart. Die 2012 kurzfristig angesetzte Neuwahl bot die Gelegenheit, für den Landtag zu kandidieren. Mit Erfolg auf Anhieb. Sie gewann das Direktmandat für den Wahlkreis Köln III. Für die Fraktion fungiert sie seit 2015 als stellvertretende wissenschaftspolitische Sprecherin und seit 2017 als Vize-Vorsitzende des Schulausschusses. Zudem bringt sie ihre berufliche Expertise ein, ist Beauftragte für Weiterbildung. Hammelrath: „Das Thema wird immer überfraktionell bearbeitet. Wir arbeiten beispielsweise zurzeit an einer Novellierung des Weiterbildungsgesetzes. Und ich bin sicher, das geschieht einvernehmlich mit allen demokratischen Fraktionen.“

Privat hat sich Hammelrath mit ihrer Familie in Ehrenfeld einen Arbeits-, Wohn- und Rückzugsraum erschaffen. Im Hinterhof ist der Garten der Familie, rings herum sind sowohl ihr Büro als auch das ihres Mannes. Zudem wohnt sie mit ihrem Mann und ihrer erwachsenen Tochter dort. „Es ist eine Oase in der Großstadt. Wir lieben es hier“, sagt sie. Auf dem Gelände ist auch immer Hund „Clooney“ (halb Bobtail, halb Chow-Chow) unterwegs. „Den Namen hat meine beste Freundin vorgeschlagen, weil dieser Hund so schön ist“, lacht sie. Sie kümmert sich zusätzlich um eine Ziehtochter und zieht sich hin und wieder mit einem Krimi zurück. Seit 46 Jahren lebt sie in Köln. Hammelrath engagiert sich in zwei Karnevalsvereinen, ist immer beim Veedelszoch dabei.

Auch wenn Hammelrath „eher für eine linkere Politik“ steht, kann sie besonders in Zeiten der Corona-Pandemie einer Großen Koalition etwas abgewinnen. „Die großen Themen löst man nicht alleine“, sagt sie. „In der Koalition gelingt es momentan am besten, den Laden zusammenzuhalten. Man muss in diesen Zeiten mehrheitsfähig sein und die Menschen mitnehmen.“ Der GroKo etwas Positives abgewinnen,

das fällt nicht allen in ihrer Partei so leicht. Aber auch hier zeigt sich: Stromlinien sind nicht Gabriele Hammelraths Ding. *Jörg Löbker*

## Zur Person

Gabriele Hammelrath (67) stammt aus Leverkusen. An der Universität Köln studierte sie Pädagogik, Psychologie und Soziologie und schloss das Studium als Diplom-Pädagogin ab. Seit 2012 ist sie Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags.

## Nachgefragt

### Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Schon in meiner Kindheit habe ich alles gelesen, was mir in die Finger kam. Und das ist bis heute so geblieben. Zur Entspannung lese ich Krimis – von Patricia Cornwell und Elisabeth Herrmann bis Don Winslow. Aber auch eher skurrile Krimis, wie die von Margery Allingham, Fruttero & Lucentini oder Ross Thomas.

### Welche Musik hören Sie gerne?

Alles im Bereich Jazz und Swing. Und natürlich den unvergleichlichen Beat und Rock der 1960er und 70er. Und ich lasse mich – inspiriert von den jungen Leuten um mich herum – immer wieder von der Musik junger Bands überraschen.

### Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Es ist leichter aufzuzählen, was nicht in meinem Kühlschrank ist. Ich koche und esse leidenschaftlich gerne – am liebsten mit der Familie und/oder Freunden. Auf jeden Fall ist es regional und jahreszeitlich passend, weil nahezu alle Lebensmittel, auch das Fleisch, von den Bauern aus der Umgebung stammen. Also: kein Spargel im Winter, sondern Grünkohl oder Kürbis.

### Ihr liebstes Reiseziel?

Italien, und zwar von Südtirol bis Sizilien, egal ob Berge oder Meer. Dieses Land hat alles: wunderbare Landschaften und die großartigsten Kulturstätten und die nicht nur in den großen und bekannten, sondern auch in den kleinen Städten. Die Menschen verstehen zu leben und sie verstehen viel von gutem Essen und Trinken. Leider verstehen sie nicht ganz so viel von Politik.



Aufgewachsen in einem katholisch geprägten Elternhaus im Leverkusener Stadtteil Rheindorf, Abitur auf einem katholisch geführten Mädchengymnasium – und dann als Studentin der Eintritt in die SPD! Der Lebensweg von Gabriele Hammelrath (67) war nicht immer stromlinienförmig. Dass sie irgendwann in der Politik landet, war aber dennoch abzusehen. Denn sie sagt: „Wenn man etwas erreichen will, braucht man eine einflussreiche Machtposition.“

Schon als Schülerin nahm Hammelrath eine Führungsrolle ein: Klassensprecherin, stellvertretende Schülersprecherin. Sie machte den Mund auf, wenn ihr etwas nicht passte. Das führte auf dem von Nonnen streng hierarchisch geführten Gymnasium auch zu Konflikten. „Wenn man die Form wahrte, war alles okay“, erzählt sie. „Aber meine zweite Seite ist: Ich bin manchmal schon rebellisch.“

In Rheindorf wuchs sie als Kind behütet auf. In der Gegend kannte jeder jeden. „Ich war Einzelkind, durfte alles machen, was ich wollte. Dadurch war ich als Schülerin empfindlich, was Hierarchien angeht“, so Hammelrath. „Aber ich war auch immer rheinisch harmoniebedürftig und so fand sich immer irgendwie ein Weg.“

Nach dem Abitur studierte sie Pädagogik, Psychologie und Soziologie an der Uni Köln. Ihre Diplomarbeit schrieb sie über die Ehe in der Industriegesellschaft. „Über das Frauenthema kam ich dann auch in die Politik“, so Hammelrath. Mit Anfang 20 bekam sie das Parteibuch der SPD. Ihre politische Heimat war immer der linke Flügel der Sozialdemokratie. Jahrelang engagierte sie sich ehrenamtlich. Sie wurde aktiv in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, war sieben Jahre lang deren Vorsitzende. Als ihre Tochter geboren wurde, nahm sie sich eine dreijährige politische Auszeit. Danach war sie Ortsvereinsvorsitzende in Ehrenfeld und später auch Vize-Chefin des Unterbezirks.

Doch komplett abhängig sein von der Politik, das wollte sie nie. Beruflich stand sie somit schnell auf eigenen Beinen. Zunächst arbeitete

## Kurz notiert

### Weltkindertag

Mehr als 5.000 „Wunsch-Steine“ sind im Rahmen der Kampagne zum diesjährigen Weltkindertag zum Landtag gebracht worden. Präsident André Kuper hatte Kinder im Juli aufgerufen, ihre Wünsche für die Zukunft auf Steine zu malen. Am Weltkindertag selbst, dem 20. September 2020, brachten viele Kinder weitere bunt bemalte Steine zum Landesparlament. Präsident Kuper freute sich über die hohe Beteiligung: „Die Wünsche der Kinder für ihre Zukunft machen nachdenklich. Im Namen aller Abgeordneten des Landtags bedanke ich mich bei allen Kindern für ihre kleinen Kunstwerke und die Wünsche, die sie bewegen.“ Am 20. September 2020 gab es am Landtag ein buntes Programm unter Corona-Bedingungen für Kinder und ihre Familien, das rund 1.250 Gäste anzog. Der Weltkindertag stand in diesem Jahr unter dem Motto „Kinderrechte schaffen Zukunft“. Auf Postkarten konnten Kinder auswählen, welches Kinderrecht der Vereinten Nationen ihnen am wichtigsten ist. Ergebnis: Mit 56 Prozent lag das „Recht auf Schutz vor Gewalt“ vorn, gefolgt vom „Recht auf Gesundheit“ (55 Prozent). Die Ergebnisse der Aktion wurden dem Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend übergeben.

### Landesrechnungshof

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 28. September 2020 den Bericht des Landesrechnungshofs für 2019 entgegengenommen. Er wurde von der Präsidentin der Kontrollbehörden, Prof. Dr. Brigitte Mandt, übergeben. Kuper betonte: „Die öffentliche Finanzkontrolle mit ihrer Mahnung zu einem verantwortungsvollen, effizienten und effektiven Umgang mit öffentlichen Mitteln stellt in einem demokratischen Staat eine wichtige Funktion dar.“ Der jährliche Bericht des Landesrechnungshofs fasst neben den Feststellungen zum Landeshaushalt bedeutende Ergebnisse der Prüfungen der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes im Geschäftsjahr 2019 und früherer Jahre zusammen.

### Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 1. Dezember 2020.



Der Präsident des Landtags, André Kuper (Foto r.), und Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) haben sich im Landtag in ein Kondolenzbuch für Wolfgang Clement eingetragen. Der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident (1998 - 2002) und Bundesminister (2002 - 2005) war am 27. September 2020 in Bonn gestorben. Er wurde 80 Jahre alt. Präsident Kuper würdigte Clement als „unerschrockenen Demokraten und engagierten Parlamentarier“. Der Präsident betonte: „Er stand in all den Jahren, in denen er Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen war, für einen Aufbruch unseres Landes. Dabei war es ihm, der später auch Wirtschaftsminister und Ministerpräsident wurde, wichtig, alte Stärken und neue Möglichkeiten aufeinander zu beziehen. Als gelernter Journalist lag ihm an Ergebnissen und Erfolgen, an denen er sich und andere maß. Seine Ungeduld stand im Dienst dieses Wandels und war der Größe der Aufgabe geschuldet. Der Landtag und das Land Nordrhein-Westfalen verdanken dem Menschen und Politiker Wolfgang Clement viel.“ Clement hatte dem Landtag von 1993 bis 2002 angehört. Am 7. Oktober 2020 gedachte der Landtag vor Beginn der Plenarsitzung mit einer Schweigeminute des Verstorbenen.

Foto: Schälte